welt hunger hilfe

BRENNPUNKT

1/2017

LAND IST DAS NEUE ÖL

Viele Agrarinvestitionen verletzen Landrechte

Handlungsempfehlungen

- Alle Landrechte schützen, Landraub stoppen
- Bei Agrarinvestitionen verhandeln statt vertreiben
- Kleinere Flächen statt Mega-Plantagen
- Keine Importe aus Landraub-investitionen

LAND IST DAS NEUE ÖL
Viele Agrarinvestitionen verletzen Landrechte

Das Thema Landraub ist weitgehend aus den Medien verschwunden. Zu Unrecht, denn die Landnahme durch Unternehmen und nationale Machtinhaber beraubt weiterhin Menschen ihrer Lebensgrundlage und erzeugt neue Konflikte. Landrechte werden dabei systematisch missachtet.

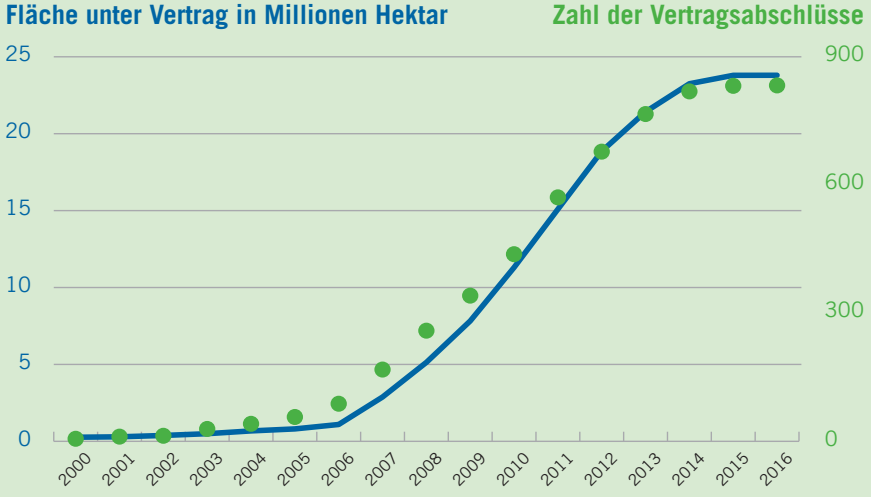
Die Investitionen ausländischer Unternehmen in den ländlichen Gebieten Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas sind seit 2006 stark gestiegen. Wie eine aktuelle Analyse (Nolte et al., 2016) von Daten der „Land Matrix“ zeigt – einer Initiative, die sich für Transparenz bei Land-Transaktionen einsetzt –, ist diese Entwicklung vor allem in Afrika zu beobachten: Mehr als zehn Millionen Hektar Land wurden dort in den vergangenen Jahren gekauft oder gepachtet. Insgesamt sind in der Land-Matrix-Datenbank mehr als 1.000 großflächige Investitionen erfasst, die Spannbreite reicht von 200 Hektar bis über 200.000 Hektar. Zum Vergleich: Ein deutscher Bauernhof ist durchschnittlich knapp 60 Hektar groß, ein afrikanischer ein bis zwei Hektar.

Landrechte werden missachtet

Das Hauptproblem dabei: Die Landrechte der von den Landdeals betroffenen Menschen werden systematisch missachtet. Rund 2,5 Milliarden Bauern und Angehörige indigener Völker nutzen seit Generationen mehr als die Hälfte der weltweiten Landfläche (RRI, 2015). Sie besitzen legitime Rechte an dem Land, haben hierfür aber meist keinen Beweis in der Hand, beispielsweise einen Grundbucheintrag, wie es ihn in Deutschland gibt. Hinzu kommt, dass diese legitimen Landrechte in vielen Ländern nicht staatlich anerkannt werden. Und selbst, wenn dies der Fall ist, kennen die Betroffenen ihre Rechte oft nicht, oder es fehlen ihnen die Mittel, diese einzufordern. Diesen Umstand nutzen ausländische Investoren und nationale Machtinhaber in Entwicklungsländern, um sich große Flächen anzueignen – ein Vorgehen, das zu Recht als „Landraub“ bezeichnet wird.

Entgegen der oft getroffenen Aussage, es handle sich um ungenutzte Flächen, wurde der größte Teil des Landes auch schon vor dem Erwerb landwirtschaftlich genutzt. Wissenschaftler schätzen, dass 33 Millionen Menschen durch die in der Land Matrix dokumentierten Fälle ihr Land verloren haben (Nolte et al., 2016). Nur in einem Fünftel aller dokumentierten Fälle haben die Betroffenen ihre Zustimmung gegeben, in allen anderen wurden sie gar nicht oder nur oberflächlich in die Investitionsentscheidung einbezogen. Nur in einem Drittel der Fälle wurde eine – meist sehr bescheidene – Entschädigung gezahlt.

Seit 2006 sind ausländische Agrarinvestitionen in Entwicklungsländern und Osteuropa stark gestiegen



Quelle: Land Matrix

„Unsere Familie isst jetzt nur noch einmal am Tag“

Memai Charles, früher Bäuerin, jetzt Plantagenarbeiterin in Sierra Leone

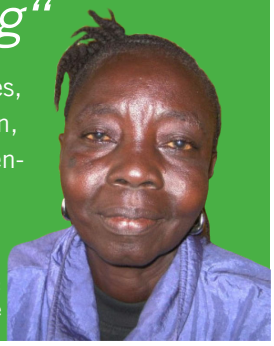


Foto: Welthungerhilfe

Folgen für die Bevölkerung

Auf den Plantagen der Großinvestoren wird häufig Palmöl oder Zuckerrohr angebaut, meist für den Export. Palmöl ist ein wichtiger Rohstoff für die Ernährungs- und Kosmetikindustrie, Zuckerrohr für sogenannte Biokraftstoffe. Ein Vergleich mit dem Welthungerindex hat gezeigt, dass die meisten dieser Investitionen in den Ländern mit der gravierendsten Hungersituation stattfinden. Dabei geht die logisch erscheinende Gleichung „Mehr Produktion = weniger Hunger“ oft nicht auf, denn es kommt entscheidend darauf an, wie sich die Investitionen tatsächlich auf die Bevölkerung vor Ort auswirken: Können die Menschen weiterhin Nahrungsmittel produzieren? Oder können sie ausreichend Geld verdienen, um Essen zu kaufen?

Vor der Investition diente das Ackerland den Bauern dazu, selbst Nahrungsmittel zu produzieren und eventuelle Überschüs-

Unsere Arbeit

- Die Welthungerhilfe arbeitet mit Organisationen zusammen, die sich in ihren Ländern für Landrechte einsetzen.
- Sie fördert Genossenschaften und Netzwerke, um die Verhandlungsposition und den Einfluss von Bauern gegenüber Investoren und der eigenen Regierung zu stärken.
- Sie hilft Opfern von Landraub, ihre Rechte einzufordern.
- Sie setzt sich dafür ein, dass nach Europa importierte Agrarprodukte aus Entwicklungsländern künftig unter Berücksichtigung des Menschenrechts auf Nahrung produziert werden (Food Security Standard).

se zu verkaufen. Ihre Lage war oft prekär, doch wird sie durch die Investitionen meist nicht besser – im Gegenteil: „Als ich selber Landwirtschaft betrieb, konnte ich selbst entscheiden, wie viel ich von der Ernte esse und wie viel ich verkaufe. Nun muss ich alles kaufen“, sagt beispielsweise Memai Charles, früher Bäuerin, jetzt Plantagenarbeiterin, in einer Fallstudie der Welthungerhilfe in Sierra Leone (Melsbach, 2012). „Und die Kosten steigen. Unsere Familie isst jetzt nur noch einmal am Tag.“ Ähnliches berichtet Landwirt Sony Jina: „Früher hatten wir Land für den Anbau von Reis und Maniok sowie eine kleine Palmölplantage.“ Mit dem Erlös des Palmöls konnte er zum Beispiel das Schulgeld für seinen Sohn bezahlen. Dieser arbeitet nun auch auf der neuen Palmölplantage, anstatt die Schule zu besuchen.

Als Argumentation für die Investitionen wird häufig ins Feld geführt, sie seien Teil eines notwendigen Strukturwandels, der Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung bringe. Doch durch die neuen Großinvestoren werden die lokalen Bauern aus dem Markt gedrängt. Gleichzeitig werden laut Land-Matrix-Bericht in etwa der Hälfte aller Fälle weniger als fünf Arbeitsplätze je 100 Hektar geschaffen. Zudem werden oft Migranten beschäftigt. Die neu geschaffenen Arbeitsmöglichkeiten reichen nicht aus, um die neuen Landlosen aufzufangen. Außerdem handelt es sich oft um schlecht bezahlte Saisonarbeit. Umsiedlungen, die häufig mit den Investitionen einhergehen, bedeuten einen enormen kulturellen Bruch.

Wessen Interessen zählen?

Ein weiteres Beispiel: Niger muss ungefähr 20 Prozent seines Getreidebedarfs importieren, das sind 250.000 bis 300.000 Tonnen pro Jahr. Bei Ernteausfällen ist das Land auf humanitäre Hilfe angewiesen. Gleichzeitig schickt sich Niger an, große Gebiete entlang des Tschad-Sees, die mit Ackerbau, Viehzucht und Fischerei eine wichtige Grundlage für die Ernährung der Bevölkerung bilden, an einen ausländischen Investor zu verpachten, der damit lukrative Märkte in Westafrika versorgen will. Das Nachsehen hat wieder einmal die lokale Bevölkerung. Von dem geplanten Deal hat sie aus den Medien erfahren – und das, obwohl der Vertrag bereits kurz vor der Unterschrift steht. Großzügigen Steuererleichterungen für die Investoren stehen vage Versprechungen gegenüber, Arbeitsplätze und soziale Einrichtungen zu schaffen sowie die Energie- und Wasserversorgung zu verbessern. Da die Bevölkerung und die dezentrale Verwaltung nicht konsultiert wurden, liegt der Verdacht nahe, dass neben ein paar Vorzeigeprojekten vor allem den Bedürfnissen des Investors Rechnung getragen werden soll (Tschangari, 2016).

Licht und Schatten

Die Anerkennung von legitimen Landrechten und die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung bei Investitionsvorhaben ist ein zentraler Bestandteil der 2012 vom Welternährungsausschuss verabschiedeten Landleitlinien (Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure / VGGT). Eines der Länder, die bei der Umsetzung dieses völkerrechtlichen Instruments voranschreiten, ist Sierra Leone. Das Engagement der Geber im Landsektor (insbesondere Deutschland und FAO) und eine verbesserte Koordination innerhalb der Regierung haben zu mehreren Politikreformen geführt.

Wie mit legitimen Landrechten konkret umgegangen wird, muss sich allerdings

Landkonferenz in Sierra Leone mit Vertretern von Regierung, Unternehmen und Bürgerinitiativen (v.l.n.r.: Alphajor Cham, Landministerium, Wolfgang Wiethoff, deutscher Botschafter, Charles Rogers, Fischereiministerium und Abdulai Bun Wai vom zivilgesellschaftlichen Netzwerk ALLAT).
Foto: Maurice A. Boima

LAND IST DAS NEUE ÖL
Viele Agrarinvestitionen verletzen Landrechte

erst noch zeigen (Aberle, 2016). So kämpft etwa die Bürgerinitiative MALOA seit 2011 für eine faire und transparente Untersuchung ihrer Beschwerden gegenüber dem belgischen Unternehmen Socfin und dem lokalen traditionellen Führer. Einige der Vorwürfe, die im Raum stehen: Korruption, Einschüchterung der Bevölkerung, Intransparenz, extrem schlechte Arbeitsbedingungen, Umweltverschmutzung. Von Socfin werden die Mitglieder der Bürgerinitiative als „Kriminelle" abgestempelt. Die Kriminalisierung von Landrechtsverteidigern ist ein verbreitetes Phänomen, wie Menschenrechtsexperten dokumentieren (obs, 2014). So wurden zwischen 2011 und 2014 weltweit 43 Landrechtsverteidiger ermordet und 123 juristisch verfolgt.

Auch die jüngste Studie der Welthandels- und Entwicklungskonferenz (Unctad) und der Weltbank zum Thema großflächige Agrarinvestitionen (Dixie, 2016) bestätigt – bei Hervorhebung der ökonomischen Impulse –, dass sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung durch Umsiedlung verschlechtern und intransparente Prozesse zu Konflikten führen. Die International Finance Corporation (IFC), die als Teil der Weltbank-Gruppe Privatinvestitionen in Entwicklungsländern fördert, klammert die Klärung legitimer Landrechte aus ihren Prüfverfahren (IFC Performance Standards) allerdings bislang aus. Was in der Studie als „gutes Beispiel" dargestellt wird, wäre auch konform mit den Landleitlinien: mit den Gemeinden verhandeln, anstatt sie zu vertreiben, eine klare Strategie für Kommunikation und Beteiligung ausarbeiten. Land ist das neue Öl. Je mehr Menschen um die schwindende Ressource konkurrieren, desto lukrativer wird sie. In diesem Wettbewerb drohen die Schwächsten zu verlieren. Es ist höchste Zeit, ihnen eine Stimme zu geben.

Land Rights Now

Die Welthungerhilfe ist Mitglied der internationalen Landrechtkampagne **www.landrightsnow.org**

Literatur

- Nolte, Kerstin et al. (2016): **International Deals for Agriculture. Fresh Insights from the Land Matrix.** Analytical Report II. Bern, Montpellier, Hamburg, Pretoria.
- Rights and Resources Initiative (RRI) (2015): **Who Owns the World's Land?** A global baseline of formally recognized indigenous and community land rights. Washington.
- Dixie, Grahame et al. (2016): **The Impact of Larger-Scale Agricultural Investments on Local Communities.** Unctad / World Bank, Washington.
- Melsbach, Gerlind; Rahall, Joseph (2012): **Increasing Pressure for Land. Implications for Rural Livelihoods and Local Actors.** A Case Study in Sierra Leone. Welthungerhilfe, Bonn.
- Tschangari, A.T. Moussa; Diori, Ibrahim (2016): **Vaste projet d'accaparement des terres agricoles et pastorales dans le bassin du lac Tchad au Niger.** Rapport de l'Observatoire du droit à l'alimentation au Niger. Niamey.
- Aberle, Marion (2016): **Those in the dark drop out of sight.** In: Rural 21, Vol. 50, Nr 3/2016. Frankfurt.
- Observatory for the Protection of Human Rights Defenders (obs) (2014): **"We are not afraid" – Land right defenders: attacked for confronting unbridled development.** Paris.

Handlungsempfehlungen

Die 2012 vom Welternährungskomitee verabschiedeten Landleitlinien (VGGT) bilden den normativen Rahmen für Landrechte im Kontext der Ernährungssicherung. Das bedeutet:

Für die Entwicklungspolitik

- Gezielte Förderung von Programmen zum Schutz der Landrechte von indigenen Völkern und ländlichen Gemeinschaften
- Absicherung der legitimen Landrechte bei allen anderen Projekten, die Landfragen berühren

Für die Politik

- Extraterritoriale Staatenpflichten einhalten, das heißt, deutsche Unternehmen verpflichten, auch in ihren Auslandsgeschäften Menschenrechte einzuhalten

Für Unternehmen

- Existierende Instrumente zur Anwendung der Landleitlinien nutzen, z. B. das Analytical Framework for Land-based investments in African agriculture

Impressum

Autorin: Marion Aberle
Referentin Landpolitik
Deutsche Welthungerhilfe e. V.
Friedrich-Ebert-Straße 1
53173 Bonn
marion.aberle@welthungerhilfe.de
www.welthungerhilfe.de

Titelbild: Welthungerhilfe/Knickriem
Stand: April 2017